

EUROPA

Freie
Demokraten
FDP Kreis Offenbach



Newsletter

Zum Denken und Fühlen ..

Die Pause hat mich vergessen lassen, mit welchem Nachdruck und welcher fast besessenen Intensität die EU-Kommission an allem arbeitet, was . in meiner sehr persönlichen Auffassung . zu einem grauen, leblosen, unterdrückenden Europa ohne Identität, Wettbewerb und Freiheit führen wird. Und dieser Newsletter bringt ja nur einen winzigen Ausschnitt des unendlichen Kleinkrams, um den sich diese Behörde und leider auch das Parlament kümmern. Da werden Budgets und ausführliche Pläne für Schul- und Gesundheitspolitik entworfen, Arbeitgebern im Detail vorgeschrieben, wie sie wann Arbeitnehmer über was zu informieren haben, und Staaten werden mit ausführlichen Katalogen ermahnt, Flüchtlinge gefälligst in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Es ist einfach nur grauenvoll. Und die Presse schweigt, der Bundestag und die Bundesregierung tun so, als hätten sie noch das Zepter in der Hand. Aber dass die EU-Kommission jetzt auch noch in Paris einen neuen Aktionsplan für den Planeten% (s. weiter unten) vorgestellt hat, das macht mich doch ein wenig sprachlos.

Europäischer Rat

Bildung ist Schlüssel zum Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit

Die EU-Staats- und Regierungschefs haben auf ihrem Gipfeltreffen am 17. Dezember 2017 zum ersten Mal auch das Thema Bildung ganz oben auf ihre politische Agenda

gesetzt. In ihren Gipfelschlussfolgerungen betonen sie auch die bildungsbezogene und soziale Dimension der gemeinsamen europäischen Politik. Im Vorfeld hatte EU-Ratspräsident Donald Tusk das Thema Bildung auf die von ihm initiierte neue Form der politischen Entscheidungsfindung, die sogenannte „Leader\$-Agenda“, die Agenda der EU-Führungsspitzen, gesetzt. Somit kam dieses neue Verfahren erstmals zur Anwendung . **und dies bei einem Politikbereich, der laut EU-Vertragswerk in der Kompetenz der Mitgliedstaaten liegt.** Die EU-Staats- und Regierungschefs haben damit ein klares politisches Signal gesendet, dass man künftig beim Thema Bildung gemeinsam **unter vollständiger Wahrung des Subsidiaritätsprinzips und des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit%** weiter voranschreiten möchte: Bildung sei ein Schlüssel zum Aufbau inklusiver und von Zusammenhalt geprägter Gesellschaften und zur Erhaltung unserer Wettbewerbsfähigkeit. Nach dem Brexit-Schock und dem „erstarkten Rechtspopulismus% in Europa hofft man auch über die identitätsstiftende Wirkung von Bildung die europäischen Bürger/innen für das europäische Projekt zurückzugewinnen

Bulgarische Präsidentschaft

Bulgarien hat am 1. Januar für sechs Monate den Vorsitz für die EU-Ratspräsidentschaft von Estland übernommen. Während der bulgarischen Präsidentschaft stehen die Flüchtlingspolitik, der EU-Haushalt ab dem Jahr 2020, die Reform der Eurozone und die zweite Phase der Ver



EUROPA

Freie
Demokraten
FDP Kreis Offenbach



Newsletter

handlungen um den Brexit auf der Agenda. Ein weiterer Schwerpunkt dürfte die weitere Integration der Staaten des Westbalkans sein. Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Montenegro, Serbien und die Republik Makedonien streben in die EU. Bulgarien ist seit 2007 Mitglied in der EU und übernimmt erstmals diese Präsidentschaft.

EU-Kommission

Kreative Maßnahmen zur Stärkung der Eigenfinanzierung der EU-Kommission

EU-Haushaltskommissar Günther Oettinger will Versteigerungserlöse im Emissionshandel ins EU-Budget überführen. Das erklärte er nach der ersten Sitzung des Kollegiums der Kommissare am 10. Januar. Dort fand eine erste Debatte zum nächsten mehrjährigen Finanzrahmen der EU statt, den die Kommission in fünf Monaten auf den Tisch legen will.

Der Vorschlag des deutschen Kommissars zielt darauf ab, die Eigenfinanzierung der EU zu stärken und soll in den Vorschlag für den nächsten mittelfristigen Finanzrahmen (2021-2027) aufgenommen werden. Dieser soll noch im Mai präsentiert werden. Die Kommission drängt auf eine schnelle Verabschiedung vor den nächsten Europawahlen im Mai 2019. Für den DIHK ist es jedoch sehr fraglich, ob dieser ambitionierte Zeitplan eingehalten werden kann. Die Budgetverhandlungen dauern gewöhnlich mehrere Jahre, aufgrund der sehr unterschiedlichen Interessenlage der Mitgliedstaaten. Aktuell steht die EU zudem vor der Herausforderung, dass mit dem Wegbre-

chen der britischen Beitragszahlung umgegangen werden muss.

Die Erlöse der Versteigerung der ETS-Zertifikate fließen aktuell in die jeweiligen nationalen Haushalte und können von den Staaten grundsätzlich beliebig genutzt werden. Vergangene Verhandlungen zu verschiedenen ETS-Reformen haben zudem deutlich gezeigt, dass die Staaten auf die Verfügungshoheit über die Erlöse pochen. Dass sich Günther Oettingers Vorschlag durchsetzt, ist daher laut DIHK eher unwahrscheinlich.

Als weitere Maßnahme zur Stärkung der Eigenfinanzierung hat der Kommissar auch die Einführung einer europäischen Plastiksteuer ins Spiel gebracht.

Klimaschutz-Initiativen für nachhaltige moderne Wirtschaft und gerechte Gesellschaft vorgestellt

Am 12.12.2017 nahm die Kommission am One Planet Summit in Paris teil, zu dem der französische Präsident, Emmanuel Macron, eingeladen hatte. Bei dem Gipfeltreffen stellte die Kommission **ihren neuen Aktionsplan für den Planeten vor**, der zehn Transformationsinitiativen für eine moderne Wirtschaft und eine gerechte Gesellschaft umfasst. Somit präsentiert sich die EU zwei Jahre nach dem Übereinkommen von Paris als Vorreiter beim Klimaschutz. Sie ist weiterhin entschlossen, bis 2030 die innerhalb der EU verursachten Emissionen um mindestens 40% gegenüber dem Stand von 1990 zu senken. Fortschritte wurden bei der Erreichung des für 2020 gesetzten Ziels und bei der Ausarbeitung der Klimaschutz-



EUROPA

Freie
Demokraten
FDP Kreis Offenbach



Newsletter

vorschriften für das nächste Jahrzehnt erzielt.

<https://www.unenvironment.org/events/summit/one-planet-summit>

Beratungsdienst für nachhaltige Stadtentwicklung eingerichtet

Am 28.11.2017 gab die Kommission bekannt, dass sie gemeinsam mit der Europäischen Investitionsbank (EIB) einen neuen Beratungsdienst zur Unterstützung von Städten bei der Investitionsplanung für deren nachhaltige Entwicklung eingerichtet hat. Der *Urban Investment Support* kurz *URBIS* ermöglicht es den Städten, ihre Investitionen besser zu planen. Das Ziel ist, Stadtentwicklungsstrategien zu unterstützen und den Zugang zu Finanzmitteln zu erleichtern. Somit sollen zukünftig bspw. auch kommunale Einzelprojekte, etwa in den Bereichen soziale Eingliederung, Stadterneuerung oder Energieeffizienz oder integrierte Stadtentwicklungsprogramme, die verschiedene kleine Projekte in unterschiedlichen Sektoren umfassen, bei der Beschaffung von Mitteln unterstützt werden. *URBIS* hilft bei der Konzeption und Planung bis hin zur Umsetzung der Investitionsstrategien und -projekte und umfasst eine maßgeschneiderte technische und finanzielle Beratung. Auf diese Weise sollen kurz- bis mittelfristig solide Projekte auf den Weg gebracht werden, etwa im Bereich des Klimaschutzes in der Stadt. Städte jeder Größe in allen Mitgliedstaaten können die *URBIS*-Unterstützung über die Website der europäischen Plattform für Investitionsberatung anfordern.

<http://eiah.eib.org/about/initiative-urbis.htm>

Öffentliche Konsultation zu EU-Fonds im Bereich Werte und Mobilität

Vor dem Hintergrund der derzeitigen Überlegungen zur Ausgestaltung des mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) nach 2020 und die nächste Generation von Finanzierungsprogrammen, für die Mittel im Rahmen des MFR bereitgestellt werden sollen, hat die Kommission am 10.01.2018 eine Konsultation zu EU-Fonds im Bereich Werte und Mobilität gestartet. Gegenstand dieser öffentlichen Konsultation sind Programme und Maßnahmen zum Schutz und zur Förderung europäischer Werte sowie zur Förderung der Mobilität, der allgemeinen und beruflichen Bildung, der kulturellen Vielfalt, der Grundrechte, eines europäischen Rechtsraums, digitaler Kompetenzen, der Kreativität sowie eines europäischen historischen Gedächtnisses und einer europäischen historischen Erinnerung. Laut Kommission tragen solche Programme nicht nur zur Verbesserung der Fähigkeiten und Kompetenzen der europäischen Bürger, sondern auch zu offenen, demokratischen, gerechteren, integrativen und kreativen Gesellschaften bei. Mit der Konsultation sollen die Stärken und Schwächen der bestehenden Programme wie z.B. *Erasmus+* und *Europa für Bürgerinnen und Bürger* analysiert werden.

https://ec.europa.eu/info/consultations/public-consultation-eu-funds-area-values-and-mobility_de

Benchmarks für Visa-Liberalisierung

Am 20.12.2017 veröffentlichte die Kommission einen Bericht über die kontinuierliche Erfüllung der Visaliberalisierungsbench



EUROPA

Freie
Demokraten
FDP Kreis Offenbach



Newsletter

marks der Länder des westlichen Balkans und der Östlichen Partnerschaft. Der Bericht dient zur Erfüllung der rechtlichen Verpflichtung der Kommission, im Rahmen des verstärkten Visa-Aussetzungsmechanismus die Anforderungen im Zusammenhang mit der Visaliberalisierung durch Drittländer kontinuierlich zu überwachen. Länder der Visaliberalisierung sind die Länder des westlichen Balkans (Albanien, Bosnien und Herzegowina, die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Montenegro und Serbien) und die Länder der Östlichen Partnerschaft (die Republik Moldau, Georgien und die Ukraine). Der Bericht umfasst den Zeitraum für die Westbalkanländer seit Februar 2015 und für die Länder der Östlichen Partnerschaft seit der Vorlage der Schlussberichte über die Liberalisierung der Visabestimmungen (Annahme im Dezember 2013 für die Republik Moldau und im Dezember 2015 für Georgien und die Ukraine).

Der Bericht kommt zu dem Ergebnis, dass die betreffenden Länder die Anforderungen für die Visaliberalisierung weiterhin erfüllen, jedoch in den Einzelbereichen Bekämpfung der irregulären Migration, Rückübernahme, Bekämpfung von Korruption und Geldwäsche sowie öffentliche Ordnung und Sicherheit Handlungsbedarf besteht, um eine langfristige Erfüllung der Anforderungen zu gewährleisten. Festgehalten werden zudem die Reformen der acht Länder des westlichen Balkans und der östlichen Partnerschaft, deren Fortsetzung zwingend erforderlich sei. Bei der Bekämpfung der illegalen Migration haben alle Länder Maßnahmen ergriffen, die auch zu einer Senkung

der Zahl der Asylanträge geführt haben. Von Albanien, dem Land mit der höchsten Zahl unbegründeter Asylanträge unter den von der Visapflicht befreiten Ländern, aber auch von allen anderen Ländern fordert die Kommission weitere Anstrengungen wie Verstärkung der Grenzkontrollen und Informationskampagnen zum visafreien Reisen.

Europäische Umweltagentur

Erneuerbare Energien machten 2016 den größten Teil der neuen Stromkapazitäten in der EU aus

Am 18.12.2017 veröffentlichte die Europäische Umweltagentur ihren Bericht *„Erneuerbare Energien in Europa . 2017 Update“* zum Fortschritt im Ausbau erneuerbarer Energien. Darin schätzt sie den Anteil der erneuerbaren Energien an den 2016 neu installierten Stromerzeugungskapazitäten auf 86%. Im internationalen Vergleich ist die EU damit führend beim Ausbau erneuerbarer Energien. Des Weiteren hätten die Mitgliedstaaten auch in 2016 bei den konventionellen Energiequellen mehr Kapazitäten abgebaut als neu installiert.

https://www.eea.europa.eu/highlights/renewables-accounted-for-vast-majority?utm_source=EEASubscriptions&utm_medium=RSSFeeds&utm_campaign=Generic

Aus dem Kuriositäten-Kabinett

Die Bürokratie lebt!

Neues Warenpaket der Kommission



EUROPA

Freie
Demokraten
FDP Kreis Offenbach



Newsletter

Die Kommission hat am 19.12.2017 ein neues Warenpaket vorgelegt. Dieses besteht im Grundsatz aus einer die Gesamtinitiative erklärenden Mitteilung mit dem Titel „Das Waren-Paket: Das Vertrauen in den Binnenmarkt stärken“ und zwei Verordnungsvorschlägen zur gegenseitigen Anerkennung von Waren beziehungsweise über die Produktkonformität und die Durchsetzung der Harmonisierungsvorschriften. Ergänzt werden diese Vorschläge durch umfangreiche Arbeitsunterlagen der Kommission zu Folgenabschätzungen und Konsultationsergebnissen sowie durch zwei Berichte. Im ersten Bericht wird die Funktionsweise der Akkreditierung von Konformitätsbewertungsstellen durch zentral in den Mitgliedstaaten eingerichtete Stellen untersucht. Im zweiten Bericht erfolgt eine Untersuchung der Umsetzung der Transparenz-Richtlinie für den Binnenmarkt, die die Mitgliedstaaten zur Notifizierung von Gesetzesentwürfen mit Bezug auf nicht oder nur teilweise harmonisierte Produkte verpflichtet. Ziel der im Rahmen der Binnenmarktstrategie angekündigten Initiative ist eine Stärkung des freien Warenverkehrs. Unternehmen soll ein Verkauf ihrer Produkte in der gesamten EU ohne zusätzliche Hindernisse erlaubt und Verbrauchern eine größere Auswahl, geringere Preise und ein wirksamer Schutz vor unsicheren und illegalen Produkten ermöglicht werden. Angesichts zunehmender Globalisierung und Digitalisierung und einem Anteil von mehr als 30% an den Importen im EU-Markt sieht die Kommission zudem Handlungsbedarf bei der Kontrolle der Außengrenzen. Ausgehend auch von Fällen wissentlicher und

vorsätzlicher Irreführung der Verbraucher schlägt die Kommission u.a. eine verbesserte Zusammenarbeit der nationalen Marktüberwachungsbehörden vor. Zudem bemängelt die Kommission, dass sich Unternehmen nicht auf die gegenseitige Anerkennung verlassen können. Die Mitgliedstaaten würden zusätzliche Anforderungen und Mehrfachtests einführen, die den Verkauf von Produkten im gesamten Binnenmarkt verhindern oder verzögern würden. Die neuen Maßnahmen sollen sicherstellen, dass die bestehenden Rechte und Pflichten aufgrund des Grundsatzes der gegenseitigen Anerkennung beachtet werden.

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-17-5301_de.htm

Die Bürokratie lebt (2)!

Richtlinienvorschlag über transparente und verlässliche Arbeitsbedingungen

Am 21.12.2017 veröffentlichte die Kommission ihren Richtlinienvorschlag über transparente und verlässliche Arbeitsbedingungen, der zum Programm der Europäischen Säule Soziale Rechte gehört. Der Vorschlag ist eine Weiterentwicklung der „Richtlinie über schriftliche Erklärungen“ (91/533/EWG), die inzwischen aufgrund des starken Wandels in der Arbeitswelt als überholt gilt. In den letzten 25 Jahren war der Arbeitsmarkt Gegenstand einer zunehmenden Flexibilisierung. Im Jahr 2016 betraf ein Viertel aller Arbeitsverträge „atypische“ Formen der Beschäftigung und mehr als die Hälfte der in den letzten zehn Jahren neu geschaffenen Arbeitsplätze waren atypisch. Die Digitalisierung hat die Schaffung neuer Formen der Beschäftigung be



EUROPA

Freie
Demokraten
FDP Kreis Offenbach



Newsletter

günstigt, und durch den demografischen Wandel hat sich auch die Erwerbsbevölkerung diversifiziert. Die Flexibilität, die mit den neuen Beschäftigungsformen einhergeht, hat sich als wichtiger Faktor für die Schaffung von Arbeitsplätzen und das Wachstum des Arbeitsmarkts erwiesen. Seit 2014 wurden mehr als fünf Millionen Arbeitsplätze geschaffen; davon betrafen fast 20% neue Formen der Beschäftigung. Der klassische Vollzeit Arbeitsplatz sei auf dem Rückzug. Mit dem Vorschlag führt die Kommission erstmals einen europäischen Arbeitnehmerbegriff ein. Dies sei notwendig, da die bisherigen nationalen Definitionen ca. zwei bis drei Mio. Arbeitnehmer von der Richtlinie über schriftliche Erklärungen ausschließen. Zudem sollen die Rechte der Arbeitnehmer mit der Neufassung deutlich ausgeweitet und konkretisiert werden. Damit sind neue materielle Rechte zentraler Bestandteil des Entwurfs.

https://ec.europa.eu/germany/news/20171221-arbeitsbedingungen_de

Auswahl und Redaktion:



Dagmar Weiner

Europabeauftragte FDP Kreis Offenbach-Land und
OV Neu-Isenburg
Mitglied im Landesfachausschuss Internationale Politik

Pappelweg 14, 63263 Neu-Isenburg
E-Mail: d.weiner@fdp-kreis-of.de

